

Über 40 000 Mitglieder

Mitteilungsblatt für die Mitglieder der AUNS.
Erscheint sechsmal jährlich. –
Rickli + Wyss AG, Bern

Grauer Brief 81

Präsident:
Nationalrat Dr. Christoph Blocher
Vizepräsidenten:
a. Nationalrat Dr. Paul Eisenring,
a. Nationalrat Christian Miesch,
Jean-Dominique Cipolla, Notar

Adresse Geschäftsstelle:
AUNS, Postfach 218, 3000 Bern 16
e-Mail: auns@auns.ch
Tel.: 031 356 27 27; Fax: 031 356 27 28

PC-Konto: 30-10011-5

Kampf gegen den Beitritt zur politischen UNO: Machen Sie mit!

*Liebe AUNS-Mitglieder,
Gönner und
Sympathisanten*

Trotz aller Staatspropaganda durch den Bundesrat und die Verwaltung und trotz aller Beschönigungen durch neutralitätsmüde Kreise wächst die Skepsis im Schweizer Volk: Immer mehr Schweizerinnen und Schweizer lehnen den Beitritt zur

politischen UNO ab. Dies bestätigen auch verschiedene Meinungsumfragen.

Es geht am 3. März 2002 um ganz Entscheidendes für unser Land:

- Wollen wir die schweizerische Neutralität preisgeben?
- Wollen wir weniger Sicherheit?
- Wollen wir an Souveränität und Freiheit verlieren?
- Soll die Schweiz zur Befehlsempfängerin von Grossmächten werden?
- Und wollen wir dafür auch noch Millionen und Abermillionen von Schweizer Franken bezahlen?

Im Hinblick auf die UNO-Abstimmung vom 3. März 2002 hat sich das «Schweizerische Aktionskomitee gegen den Beitritt zur politischen UNO» gebildet.

Ebenso sind kantonale Komitees entstanden. Die Koordination zwischen den verschiedenen Komitees besorgt die Geschäftsstelle der AUNS.

Wir rufen Sie auf:

- ☞ **Treten Sie dem kantonalen Komitee in Ihrem Kanton bei und engagieren Sie sich persönlich im Abstimmungskampf!** (Senden Sie den Talon auf Seite 12 bitte rasch zurück)
- ☞ **Unterstützen Sie den Abstimmungskampf mit einem finanziellen Beitrag!** (Benützen Sie den beigelegten Einzahlungsschein)

Wenn alle mit Engagement und Herzblut für die Sicherheit, die Neutralität und die Unabhängigkeit unseres Landes kämpfen und ihren persönlichen Beitrag leisten, so werden wir am 3. März 2002 erfolgreich sein!

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen frohe Festtage und ein gutes neues Jahr.

Ihre Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz

Der Präsident:
Christoph Blocher

Der Geschäftsführer:
Hans Fehr



Nein zum Beitritt zur politischen UNO!

UNO-Beitritt hiesse:

1 Weniger Sicherheit

Wir unterzeichnen einen Vertrag (die UNO-Charta), der uns zu politischen und wirtschaftlichen Sanktionen und Boykotten gegenüber Drittstaaten verpflichtet. Aufgrund von Sonderabkommen wären wir auch zu militärischen Massnahmen ver-

pflichtet. Wir würden in internationale Konflikte hineingezogen. Das bewährte Sicherheitsinstrument der schweizerischen Neutralität und unsere 200-jährige Friedenstradition würden preisgegeben.

2 Wir hätten immer weniger zu sagen

Im New Yorker UNO-Glaspalast haben Diplomaten, Funktionäre und Politiker das Sagen – nicht das Volk! Wir würden zu Handlangern der VETO-Grossmächte im

UNO-Sicherheitsrat degradiert. Für den Bundesrat ist der Beitritt zur politischen UNO nur eine Etappe zum EU-Beitritt und zum NATO-Anschluss.

3 Wir hätten immer mehr zu zahlen

Wir hätten jährlich mindestens 75 Millionen Franken (Fr. 75 000 000.–) mehr an die UNO zu zahlen – zusätzlich zu den heutigen 470 Millionen an die Unterorganisationen. Dazu kämen weitere hohe Kosten für zusätzlichen Konferenztourismus, Parlamentarierreisen sowie Sonderzahlungen für «friedenserhaltende»

Einsätze, Kampagnen und Tribunale und dergleichen mehr. Zudem hat die UNO einen Richtwert von 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts ihrer Mitgliedländer für die Entwicklungshilfe festgelegt. Für die Schweiz hätte dies zusätzliche Zahlungen von rund 1,6 Milliarden Franken pro Jahr zur Folge.

Darum am 3. März 2002: UNO-Beitritt Nein!

Diesen Vertrag wollen Bundesrat und Parlament unterzeichnen!

- **Artikel 41 der UNO-Charta:** Die Schweiz verpflichtet sich zur Teilnahme an Sanktionen und Boykotten gegen Drittstaaten. Diese Massnahmen können die «vollständige oder teilweise Unterbrechung der Wirtschaftsbeziehungen, des Eisenbahn-, See- und Luftverkehrs, der Post-, Telegraf- und Funkverbindungen sowie sonstiger Verkehrsmöglichkeiten und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen einschliessen.»

Laut **Artikel 42 der UNO-Charta** können diese Massnahmen zusätzlich «Demonstrationen, Blockaden und sonstige Einsätze der Luft-, See- oder Landstreitkräfte von Mitgliedern der Vereinten Nationen einschliessen.»

- **Artikel 43 der UNO-Charta:** Die Schweiz verpflichtet sich, dem UNO-Sicherheitsrat aufgrund von Sonderabkommen «Streitkräfte zur Verfügung zu stellen, Beistand zu leisten und Erleichterungen einschliesslich des Durchmarschrechts zu gewähren.»
- **Artikel 25 der UNO-Charta:** «Die Mitglieder der Vereinten Nationen kommen überein, die Beschlüsse des Sicherheitsrats im Einklang mit dieser Charta anzunehmen und durchzuführen.»

Und Politiker, Diplomaten und Funktionäre wollen uns weismachen, die schweizerische Neutralität bleibe bei einem UNO-Beitritt «unberührt». Wir lassen uns doch nicht für dumm verkaufen!

Einen solchen Vertrag können die Schweizerinnen und Schweizer nicht unterschreiben. Unsere Antwort: UNO-Beitritt Nein!



Sorgen Sie am 3. März 2002 dafür, dass der Bundesrat diesen Brief an die UNO nicht unterschreiben kann:

Am 24. Oktober 2001 hat der Bundesrat das nachfolgende Schreiben vorgelegt, das er im Falle einer Zustimmung von Volk und Ständen zum UNO-Vollbeitritt mit dem Beitrittsgesuch nach New York schicken will:

Diesen heuchlerischen Brief will der Bundesrat mit dem UNO-Beitrittsgesuch an Kofi Annan senden.



DER SCHWEIZERISCHE BUNDESRAT

an
Seine Exzellenz
Herrn Kofi Annan
Generalsekretär der Vereinten Nationen

Herr Generalsekretär

Wir haben die Ehre, um die Aufnahme der Schweiz in die Organisation der Vereinten Nationen (UNO) zu ersuchen. Volk und Stände haben den Bundesrat mit Entscheid vom x.xx.2002 zu diesem Schritt ermächtigt. Wir bitten Sie, das Gesuch dem UNO-Sicherheitsrat und der UNO-Generalversammlung zu unterbreiten.

Gemäss der Bundesverfassung hat die Schweizerische Eidgenossenschaft die Freiheit und Rechte des Volkes zu schützen, die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes zu wahren und sich für eine friedliche und gerechte internationale Ordnung einzusetzen. Die Bundesversammlung und der Bundesrat haben die zur Wahrung der Neutralität des Landes erforderlichen Massnahmen zu treffen. Die Schweiz ist ein neutraler Staat, dessen Status im Völkerrecht verankert ist. Für die UNO ist die Neutralität eines Mitgliedstaates mit den Verpflichtungen der UNO-Charta vereinbar und stellt einen Beitrag zur Verwirklichung der Ziele der UNO dar.

Die Schweiz bleibt auch als Mitglied der Organisation der Vereinten Nationen neutral.

Gestützt auf diese Ausführungen haben wir die Ehre, im Namen der Schweizerischen Eidgenossenschaft zu erklären, dass die Schweizerische Eidgenossenschaft die Verpflichtungen der Charta der Vereinten Nationen anerkennt und willens ist, diese Verpflichtungen zu erfüllen.

Wir versichern Sie, Herr Generalsekretär, des Ausdrucks unserer vorzüglichen Hochachtung.

Bern, den

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates
Der Bundespräsident
Die Bundeskanzlerin

Der Bundesrat hat Abschied genommen von der schweizerischen Neutralität

- Als der Bundesrat die Schweizerische Neutralität noch ernst nahm, sprach er:

«Die militärischen Massnahmen, die der Sicherheitsrat nach Artikel 42 anordnen kann, (...) kommen für einen neutralen Staat schon allein deswegen nicht in Betracht, weil sie mit dem Neutralitätsrecht im Widerspruch stünden.»

(Botschaft des Bundesrates zum UNO-Beitritt, 1981)

- Als der Bundesrat noch keine Abstimmungspropaganda machte, sprach er:

«Die UNO-Charta spricht nirgends von Neutralität, weil es in einem stets funktionierenden System der kollektiven Sicherheit für die klassische Neutralitätskonzeption dem Grundsatz nach keinen Platz mehr gibt.»

(Bericht des Bundesrates zur Neutralität, 1993)

- Als der Bundesrat zur UNO-Propaganda überging, sagte er:

«Die schweizerische Neutralität bleibt bei einem UNO-Beitritt unberührt.»

(Bundesrat Deiss im Blick vom 22.6.2001)

- Als der Bundesrat nicht mehr bereit war, einen klaren Vorbehalt zur Wahrung der schweizerischen Neutralität zu machen, schrieb er:

«Mit dem Wunsch nach einem Neutralitätsvorbehalt anlässlich ihres UNO-Beitritts würde die Schweiz (...) zum Ausdruck bringen, dass sie wegen ihrer Neutralität nicht willens oder nicht in der Lage ist, als künftiges UNO-Mitglied sämtliche Verpflichtungen aus der UNO-Charta zu übernehmen.»

(Antwort des Bundesrates vom 22.8.2001 auf den Vorstoss von Ständerat Brändli, SVP/GR, der einen Neutralitätsvorbehalt verlangt)

Im Klartext: Der Bundesrat will sämtliche (auch neutralitätswidrige!) Verpflichtungen aus der UNO-Charta übernehmen. Die Schweiz soll als Musterknabe die Beschlüsse der VETO-Grossmächte im UNO-Sicherheitsrat rasch und lückenlos erfüllen.

Die Neutralität bleibe bei einem UNO-Beitritt «unberührt», behauptet Bundesrat Deiss.

Wir lassen uns doch nicht für dumm verkaufen.

UNO-Beitritt **NEIN**

Neutralität preisgeben, 200 Jahre Frieden beenden – damit wir auch «dabei sind» bei internationalen Konflikten?

UNO-Beitritt **NEIN**

UNO-Finanzen – ein Fass ohne Boden

Seit Jahren präsentiert die UNO – ausschliesslich für die Administration – ein Budget von unverändert 1,090 Milliarden Dollar. Nicht inbegriffen darin sind sämtliche UNO-Aktivitäten wie «Friedensaktionen», Sondertribunale, Kampagnen usw.

Das ist die Realität:

	1998	1999	2000
	(in Mio. Dollar)		
Administration	1090	1090	1089
Sondergerichte	120	160	166
Friedensmissionen	850	814	2154
Total	2060	2064	3409

Die Kosten für Friedensmissionen, UNO-Tribunale und Kampagnen in aller Welt werden markant steigen. Für all diese Aktivitäten haben die UNO-Mitglieder immer höhere Sonderbeiträge zu leisten.

Um die administrativen Kosten «konstant» zu halten, bedient sich die UNO des folgenden Tricks: Das Personal, dessen Tätigkeit auf die UNO-Aktionen ausgerichtet ist, wird zunehmend aus den Sonderbudgets entlohnt.

Fazit: Die Schweiz müsste als UNO-Vollmitglied mit massiv steigenden Zusatzkosten rechnen.

«Beziehungen zum Ausland»: Kostenexplosion!

Von 1990 bis 2000 haben die Bundesausgaben für die «Beziehungen zum Ausland» um 44 Prozent zugenommen:

1970:	320 Mio. Franken	2002:	2346 Mio. Franken
1980:	784 Mio. Franken	2003:	2472 Mio. Franken
1990:	1581 Mio. Franken	2004:	2627 Mio. Franken
2000:	2274 Mio. Franken	2005:	2755 Mio. Franken

Zusätzliche Entwicklungshilfe in Milliardenhöhe?

Aus der Fragestunde des Nationalrates von 24.9.2001:

Dem Vernehmen nach ist es das Ziel der UNO, dass die Industriestaaten unter ihren Mitgliedsländern einen Beitrag von 0,7 Prozent des Bruttosozialproduktes (BSP) als Entwicklungshilfe leisten sollen. Für die Schweiz hätte dies (bei einem Anstieg der staatlichen Entwicklungshilfe von 0,3 auf 0,7 Prozent bei einem BSP von rund 400 Milliarden Franken) zusätzliche Zahlungen von rund 1,6 Milliarden Franken pro Jahr zur Folge.

Hat die UNO entsprechende Zielvorstellungen, Richtlinien oder Beschlüsse verabschiedet? Wenn ja, welche Konsequenzen ergeben sich daraus aus Sicht des Bundesrates für einen allfälligen Beitritt der Schweiz zur politischen UNO?

Aus der Antwort des Bundesrates:

Das Ziel von 0,7 Prozent des nationalen Bruttosozialproduktes für die Entwicklungshilfe wurde (von der UNO) 1970 festgelegt, um eine Grössenordnung zu fixieren, es wurde von der Schweiz aber nicht anerkannt. In seinem Bericht 2000 über die Schweizerische Aussenpolitik hat der Bundesrat für die Entwicklungshilfe das Ziel von 0,4 Prozent (zu erreichen bis 2010) festgelegt. Dies geschah unabhängig von der UNO-Beitrittsfrage. Ein UNO-Beitritt würde daran nichts ändern.

Tatsache ist: Das Ziel von 0,7 Prozent wurde von der UNO als «Grössenordnung» festgelegt. Dieses Ziel ist zwar nicht verbindlich. Aber wäre die Schweiz UNO-Vollmitglied, so würde der Bundesrat zweifellos alles daran setzen, dass unser Land als Musterschülerin auftritt und dem Ziel von 0,7 Prozent rasch näher kommt.

Wie man Stimmbürger mit Kleingedrucktem abspeist

Zahlreiche Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben genug von der unerträglichen Staatspropaganda, die sie mit ihren Steuergeldern auch noch bezahlen müssen.

Sie haben genug von der Desinformation aus dem Bundeshaus. Sie wollen wissen, welchen **Vertrag** die Schweiz im Fall eines Beitritts zur politischen UNO zu unterschreiben hat.

Darum haben Tausende von Schweizerinnen und Schweizern beim Departement für auswärtige Angelegenheiten die UNO-Charta bestellt – in der Überzeugung, dass diese **Gratis-Dienstleistung in Anbetracht der millionenschweren «UNO-Informationskredite» eine Selbstverständlichkeit sei.**

Und was ist geschehen? Sie haben tatsächlich «Post» vom Departement Deiss erhalten:

1. Eine Kopie der UNO-Charta in einem für normale Augen unleserlichen Kleindruck.
(Siehe nebenstehenden Auszug in Originalgrösse.)

2. Einen neuerlichen «Wusch» von Propagandamaterial: die Hochglanzbroschüre «Die Schweiz und die UNO», die Zeitung «EDA aktuell» sowie eine schönfärberische Interpretation der zentralen Charta-Artikel, welche einer Desinformation gleichkommt. **All dieses Propagandamaterial ist natürlich in gut leserlicher Schriftgrösse gedruckt.**

Ein Skandal: Diese unleserliche Kopie der UNO-Charta hat der Bund auf Bestellung an die Stimmbürger geschickt.



Verlangen Sie die UNO-Charta in einem leserlichen Druck.

Und verwahren Sie sich gegen die Zusendung von nicht bestelltem Propagandamaterial!

Bestellen Sie die UNO-Charta bei:

Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA)
Bundeshaus West, 3003 Bern

Generalsekretariat: Tel. 031 322 31 32 • Fax 031 322 59 94
Information: Tel. 031 323 11 28 • Fax 031 324 90 47
Sektion UNO: Tel. 031 322 35 32 • Fax 031 324 90 65

uno@eda.admin.ch oder: info@eda.admin.ch

Wir, die Völker der Vereinten Nationen – fest entschlossen,
künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat, unseren Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit, an die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie von allen Nationen, ob groß oder klein, erneut zu bekräftigen, Bedingungen zu schaffen, unter denen Gerechtigkeit und die Achtung vor den Verpflichtungen aus Verträgen und anderen Quellen des Völkerrechts gewahrt werden können, den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern,

und für diese Zwecke

Duldsamkeit zu üben und als gute Nachbarn in Frieden miteinander zu leben,
unsere Kräfte zu vereinen, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren, Grundsätze anzunehmen und Verfahren einzuführen, die gewährleisten, daß Waffengewalt nur noch im gemeinsamen Interesse angewendet wird, und internationale Einrichtungen in Anspruch zu nehmen, um den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt aller Völker zu fördern –

haben beschlossen, in unserem Bemühen um die Erreichung dieser Ziele zusammenzuwirken.
Dementsprechend haben unsere Regierungen durch ihre in der Stadt San Francisco versammelten Vertreter, deren Vollmachten vorgelegt und in guter und gehöriger Form befunden wurden, diese Charta der Vereinten Nationen angenommen und errichten hiermit eine internationale Organisation, die den Namen "Vereinte Nationen" führen soll.

Kapitel I: Ziele und Grundsätze

Artikel 1
Die Vereinten Nationen setzen sich folgende Ziele:

1. den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu unterdrücken und internationale Streitigkeiten oder Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken und friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen;
2. freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln und andere geeignete Maßnahmen zur Festigung des Weltfriedens zu treffen;
3. eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen;
4. ein Mittelpunkt zu sein, in dem die Bemühungen der Nationen zur Verwirklichung dieser gemeinsamen Ziele aufeinander abgestimmt werden.

Artikel 2

Die Organisation und ihre Mitglieder handeln im Verfolg der in Artikel 1 dargelegten Ziele nach folgenden Grundsätzen:
1. Die Organisation beruht auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder.
2. Alle Mitglieder erfüllen, um ihnen allen die aus der Mitgliedschaft erwachsenden Rechte und Vorteile zu sichern, nach Treu und Glauben die Verpflichtungen, die sie mit dieser Charta übernehmen.
3. Alle Mitglieder legen ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel so bei, daß der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.
4. Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.



Skandal

Bundesrätliche Staatspropaganda mit unseren Steuergeldern

Mit einem Millionen-Aufwand an Steuermitteln betreiben Bundesrat und Verwaltung einen massiven Propagandafeldzug für den UNO-Beitritt. Sie werden unterstützt durch neutralitätsmüde Parteien und Politiker, durch die meisten Medien, durch Wirtschaftsverbände, kirchliche und weitere gleichgesinnte Kreise. Der Bundesrat beteuert, er führe keine UNO-Kampagne, sondern lediglich einen «stetigen Dialog mit der Öffentlichkeit».

Tatsache ist: Der vom Parlament (gegen die Stimmen von SVP und gleichgesinnten Parlamentariern) bewilligte «Informationskredit UNO» von 1,2 Millionen Franken ist nur die Spitze des Eisberges:

- Der Nationalrat hat am 4. Dezember 2001 eine weitere Kredittranche von **800 000 Franken** für die bundesrätliche UNO-Propaganda bewilligt.
- Ein Grossteil der **113 «Informationsbeauftragten» der Bundesverwaltung (!)** sind mit der UNO-Propaganda beschäftigt. Nicht inbegriffen sind darin Sekretariate, Webverantwortliche und zahl-

reiche externe Mandatsträger (siehe Interpellation Borer vom 24.3.2000). Laut Jürg Zbinden vom Schweizerischen Gewerbeverband sind derzeit beim Bund insgesamt **432 Personen voll- oder teilzeitlich mit «Kommunikationsaufgaben» beschäftigt** (ein grosser Teil natürlich im Dienst des UNO-Beitritts). Kostenpunkt: 62,5 Mio. Franken pro Jahr, ohne die externen Mandatsträger!

- Ein **Heer von Hunderten von Bundesangestellten**, vor allem im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), arbeiten in der gleichen Richtung.
- Zur **Abstimmungspropagandawalze** aus dem Bundeshaus gehören zahlreiche mit Steuergeldern finanzierte Publikationen, Broschüren, Zeitungen, Zeitschriften, Magazine, Dossiers, Fact sheets, Filmkassetten und dergleichen.

Solche demokratiefeindlichen Machenschaften zulasten der Steuerzahler sind ein Skandal!



Mit zahlreichen Hochglanz-Broschüren und teurem PR-Material macht der Bundesrat mit Steuergeldern einseitige Staatspropaganda für einen UNO-Beitritt.

Bild: Riesch

Aufgegriffen

(Leserbriefe, Mitteilungen)

Die Schweiz zeigt echte Solidarität!

Bundesrat Deiss präsentiert sich einmal mehr vor den Medien, diesmal sogar mit UNO-Generalsekretär Kofi Annan zusammen. Beide hoffen natürlich auf einen Beitritt der Schweiz zur UNO – im Gegensatz zu mir! Zugleich verspricht der Aussenminister Hilfe für Afghanistan. Schön, wenn man Geschenke versprechen kann, um die schweizerische Hilfsbereitschaft einmal mehr zu dokumentieren. Wenn nur alle finanzstarken Staaten so grosszügig wären im Spenden und Helfen, das heisst sich solidarisch verhalten würden! Ich finde, etwas mehr Zurückhaltung von Herrn Deiss im Ausland wäre wünschenswert und sinnvoll.

[Albert Feldmann, Luzern, Neue Luzerner Zeitung, 20.11.2001]

In New York mitbestimmen? Falsch. Nicht wir Bürger haben im UNO-Glaspalast das Sagen, sondern die Diplomaten. Wir dürfen zahlen.

UNO-Beitritt **NEIN**

Die Schweiz als glaubwürdige Vermittlerin

Die UNO ist eine Organisation, die keine demokratische Mitsprache und Mitwirkung zulässt. Wir hätten nachzuvollziehen, was der UNO-Sicherheitsrat an Sanktionen und Boykotten beschliesst. Einmal in diesem Machtgefüge gefangen, gibt es für die Schweiz keinen Raum mehr für eine aufrichtige Solidarität. Wir hätten als Handlanger mitzuhelfen, die Gewaltspirale anzuheizen. Gewalt gegen Gewalt schafft keine Gerechtigkeit und auch keinen Frieden. Die wirkliche Hilfe für Krisengebiete ist die Konfliktlösung am Verhandlungstisch. Auf diesem Gebiet kann die neutrale Schweiz als glaubwürdiger Vermittler dienen. Auch haben wir heute noch die Möglichkeit – frei vom UNO-Gruppenzwang – allen Menschen, unabhängig von ihrer Kultur und Herkunft, zu helfen. Nur ausserhalb der UNO bleibt uns dieser einmalige Handlungsspielraum erhalten. Das wäre ein Segen nicht nur für unser Land, sondern für die ganze Welt.

[Annemarie Zuber, Ibach, Neue Luzerner Zeitung, 20.11.2001]

Manipulierte Jugendsession

Das «Ja» der eidgenössischen Jugendsession vom 2./3. November 2001 zum UNO-Beitritt ist das Resultat mehrfacher Manipulation:

Gegnerische Flugblätter wurden eingezogen. Bei der Podiumsdiskussion und bei der Fragerunde wurde gegnerischen Votanten das Wort abgeschnitten. Bundesrat Deiss konnte die jugendlichen Zuhörer mehr als eine Stunde lang «informieren» (indoktrinieren), ohne dass die Gegnerschaft zu Wort kam.

Fazit: Man hat die Gegnerschaft des UNO-Beitritts gehindert, von ihrem Recht auf freie Meinungsäusserung Gebrauch zu machen. So verkommt die Demokratie zur Farce.

Auszug aus einer Pressemitteilung von Pirmin Müller, Neuenkirch

Die Schweiz als Handlangerin von Grossmachtinteressen?

UNO-Beitritt **NEIN**

Anmassende Einmischung

In den Medien war zu lesen, dass die UNO über den Rassismus sowie die Diskriminierung der Frauen in der Schweiz besorgt sei (NZZ, 3.11.01). Aus diesem Grund empfiehlt sie der Schweiz, das Rassismus-Gesetz zu verschärfen sowie die Frauen den Männern gleichzustellen. Obwohl ich auch zu einer dieser «diskriminierten» Gruppen gehöre, finde ich es empörend, wie sich die UNO in die Angelegenheiten unseres Landes einzumischen versucht, obwohl die Schweiz – zum Glück – noch nicht einmal Mitglied ist! Umso erstaunlicher ist es, dass der Bundesrat die Schweiz unter allen Umständen in diese Organisation einbinden will und sich deshalb auch nicht scheut, mit Steuergeldern Propaganda dafür zu machen.

[Jeannette Schlegel, Goldach, Neuer Zürcher Zeitung, 20.11.2001]

Wir haben Ospels genug!

Als ob wir nicht schon genug Ospels in den letzten Wochen gehabt hätten! Jetzt tritt er auch noch öffentlich und lautstark an der Spitze des Pro-UNO-Komitees der Schweizer Wirtschaft auf, um uns den angeblich wirtschaftlichen Nutzen eines Beitritts zu erklären. Wie abgehoben und realitätsfremd ist eigentlich dieser Mensch, um zu begreifen, dass er im Moment keine Vertrauensfigur darstellt und es empfehlenswert wäre, diskreter in der Öffentlichkeit zu agieren?

[Kurt A. Ebnöther, Magadino, Tages-Anzeiger, 7.11.2001]

Ein neuer Skandal mit Steuergeldern

Ich habe mir vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) die UNO-Charta zusenden lassen. Was ich bekommen habe, ist ein Skandal und eine absolute Frechheit. Die Charta ist so klein gedruckt, dass sie unleserlich ist. Ist da die Absicht dahinter, dass man nach zwei, drei Zeilen das Büchlein zur Seite legt, weil einem das Lesen vergeht? Was soll denn da der Bürger nicht lesen? Ich werde in naher Zukunft über einen Beitritt zur UNO abstimmen müssen, und ich will wissen, und zwar genau, worum es geht. Das übrige beigelegte Propagandamaterial ist wunderschön aufgemacht und in grosser Schrift gedruckt. Darauf hätte ich aber verzichten können. Ich möchte mir eine eigene Meinung bilden. Ich finde es unerhört, was mir und den übrigen Bürgern das EDA zumutet. Ich lasse mir das nicht gefallen. Ich möchte als Steuerzahlerin eine Charta, die lesbar ist, und zwar ohne Vergrösserungsglas!

[Anita Mannhart, St. Gallen]

Da kommt mir die Galle hoch

Ich möchte der AUNS und der SVP für ihr konsequentes Festhalten am Milizgedanken der Schweiz sowie für die klare Stellungnahme gegen den UNO-Beitritt und das Schengener Abkommen bestens danken. Wenn ich unsere Bundesräte anschau, kommt mir die Galle hoch. Der Ausverkauf unserer Heimat wird mit allen Mitteln vorangetrieben. Die gnädigen Herren in Bern machen, was ihnen passt, Volksmeinung und Einwände hin oder her.

Dem Schweizervolk möchte ich empfehlen, nicht zu resignieren. Wir wollen frei sein, wie es die Väter waren, wir sind noch die einzige direkte Demokratie, um die uns die ganze Welt beneidet.

Wir brauchen keine UNO und keine EU. 150 Jahre Unabhängigkeit und eine noch längere umfassende Neutralität haben wir hinter uns. Wir bauen auf den Schutz des Allmächtigen, und mit seiner Hilfe werden wir auch die nächsten 150 Jahre bestehen.

[Hermann Keller, Schwyz, Berner Zeitung, 22.11.2001]

UNO-Sanktionen und -Boykotte sind ein Kriegsmittel. Die unschuldige Zivilbevölkerung hat darunter zu leiden – nicht die Machthaber.

UNO-Beitritt **NEIN**

Heute in die UNO. Morgen in die EU. Übermorgen in die NATO?

UNO-Beitritt **NEIN**

Bei der Volksabstimmung über den Beitritt der Schweiz zur UNO im Jahre 1986 sagte der damalige Appenzeller Ständerat Raimund Broger als Warnung an den Bundesrat: **«Die UNO ist wohl ein Forum der Mehrheit, doch niemals der Gerechtigkeit, und wo eine kleine Sondergruppe von Staaten wie der Sicherheitsrat gar noch das Vetorecht in der Vollversammlung der UNO haben, da hat die Schweiz nichts verloren und bestimmt auch nichts zu suchen.»**

[Max Rebetez, Herzogenbuchsee, Solothurner Zeitung, 14.11.2001]

Diese treffende Beurteilung gilt auch heute!

Ständemehr wird entscheidend

Wie die letzten Umfrageergebnisse zeigen, ist die Abstimmungsschlacht um den UNO-Beitritt noch lange nicht entschieden. Die Zustimmung in der Bevölkerung liegt zwischen 45 und 60 Prozent. Für Karl Haltiner, der jährlich eine Meinungsumfrage zur Aussen- und Sicherheitspolitik durchführt, sind damit die Chancen für ein Ja intakt: Um aber Gewähr zu haben, dass neben dem Volks- auch ein Ständemehr zu Stande kommt, muss seiner Ansicht nach in den Umfragen eine Zustimmung von 66 Prozent erreicht werden.

Dem widerspricht Claude Longchamp vom GfS-Forschungsinstitut. Wenn eine Umfrage repräsentativ sei, reiche eine Zustimmung von 54 Prozent. Sein Institut hat im Oktober zuhanden des Aussenministeriums eine Befragung durchgeführt, die eine Zustimmung von 50 Prozent ergab (TA vom Freitag). Die Ausgangslage sei damit völlig offen, sagt Longchamp. Einig sind sich die Meinungsforscher und alle Kampagnenleiter darin, dass sich der UNO-Beitritt am Ständemehr entscheiden wird. Eine detaillierte Auswertung der GfS-Ergebnisse durch die Sonntagspresse vom 25.11.2001 ergab, dass derzeit acht Kantone zu einem Nein tendieren (AI, AR, TG, LU, GL, SZ, OW, NW, UR, TI), siebeneinhalb zu einem Ja (ZH, BS, VS, NE, FR, JU, VD, GE) und **die übrigen siebeneinhalb Stände noch unentschieden sind (BE, SO, BL, AG, SH, ZG, GR, SG).**

[Tagesanzeiger, 26.11.2001]

Auf in den UNO-Abstimmungskampf! Auf Sie persönlich kommt es an!

Das erwarten wir von Ihnen:

- ⇒ **Flugblätter verteilen** in die Briefkästen (im Dorf/Quartier) und persönlich abgeben bei Strassenaktionen (vor Einkaufszentren, bei Passagen usw.). Versand des Flugblattes an Freunde, Bekannte und Verwandte.
- ⇒ Offiziellen **Plakataushang ergänzen** mit Weltformat- und Kleinplakaten an Scheunentoren, Schuppen, Ställen und an Durchgangsstrassen.
- ⇒ Einen **finanziellen Beitrag** spenden zugunsten einer starken Kampagne (bitte beigelegten Einzahlungsschein benutzen).
- ⇒ Jedes Mitglied schreibt **1 bis 2 Leserbriefe**.

Vielen Dank für Ihren Einsatz.

Bestellen Sie die nötigen Unterlagen rasch mit dem beigelegten Talon!

Pressebericht aus «Die Südostschweiz» vom 15. November 2001 (gekürzt)

«Darum prüfe, wer sich ewig bindet!»

Nationalrat Christoph Blocher sprach in Landquart vor vollem Haus gegen einen Uno-Beitritt der Schweiz. Laut Blocher ist ein Uno-Beitritt mit der Neutralität nicht vereinbar.

VON GEORG HELD

Der Zürcher SVP-Nationalrat Christoph Blocher sprach am Dienstagabend im Forum im Ried in Landquart im Rahmen einer Veranstaltung der SVP Graubünden vor mehreren hundert Zuhörern, die von weit hergekommen waren, um «His Masters Voice» zu vernehmen.

Die Veranstaltungsteilnehmer kamen nicht nur aus der Umgebung, sondern auch aus der Innerschweiz, aus Ob- und Nidwalden, dem Kanton Zug und der sankt-gallischen Nachbarschaft.

«Mit der Neutralität nicht vereinbar»

Die Zusammensetzung des Publikums, das Nationalrat Blocher immer wieder spontan Beifall spendete, machte ihm den Auftritt angenehm. Zunächst stimmte der Jodelclub Heimelig, unterstützt vom Jodelclub Arosa, auf den Abend ein und liess das Besondere der Schweiz und der Schweizer hochleben: «Üsers Land und Schwyzer Völkli sind em Hergott liebste Chind», tönte es selbstbewusst und voller Überzeugung von der Bühne herab. Dann trat Christoph Blocher vor das Mikrofon.

Das Volk und die Neutralität

Die Schweiz sei zwar quasi das einzige Land, das dieser supranationalen Organisation nicht angehöre, aber auch das einzige, das darüber abstimmen könne. Blocher reduzierte die Uno-Beitrittsfrage im Wesentlichen auf die Form der schweizerischen Neutralität und auf den Kostenpunkt. 1981 – also vor fast zwanzig Jahren – habe der Bundesrat klar

und unumwunden festgestellt, dass «ein Uno-Beitritt der Schweiz mit der Neutralität nicht vereinbar» sei. Und noch 1986 «haben alle Kantone und fast 70 Prozent der Stimmenden» einen Uno-Beitritt abgelehnt.

«Seit 1986 hat sich nichts geändert»

Für Blocher ist denn auch klar, dass sich «seit 1986 nichts geändert hat». Einzig der Bundesrat habe die Neutralität in einem Anflug «zweifelhaften Lavierens» neu definiert und mit dem Uno-Beitritt als vereinbar erklärt. Der Uno-Beitritt sei aber ein Anliegen, das «vom Volk anders beurteilt» werde als vom Bundesrat und den Institutionen des Bundes. Dem Volk liege die Neutralität näher, sei das Besondere wichtiger. Heute überlebe nur, wer etwas Besonderes sei. Der «Sonderfall Schweiz» sei die dauernde, bewaffnete Neutralität. Blocher erinnerte sodann daran, dass das Parlament den von Ständerat Christoffel Brändli eingebrachten Neutralitätsvorbehalt abgelehnt habe. Folglich müsse die Uno-Charta vollständig eingehalten werden.

Der Zürcher Nationalrat warnte davor, «Verträge zu unterzeichnen, die gefährlich werden kön-

nen». Nur die im Sicherheitsrat vertretenen Grossmächte könnten sich dank dem Vetorecht auf ihre Macht und müssten sich nicht auf das Recht stützen. Die Schweiz verliert laut Blocher mit einem Uno-Beitritt ihre Unabhängigkeit, und es bestehe die Gefahr, «dass wir in Konflikte hineingezogen werden».

Ausdruck von Klein- und Hochmut

Der Zug in die Uno, die EU und die Nato ist gemäss Blocher lediglich der «Ausdruck von Kleinmut gegenüber den eigenen Werten und von Hochmut gegenüber den grossen Staaten». Weil die Schweiz auf dem Weltparkett ohnehin keine Rolle spielen könne, «sollten wir bei unseren Werten bleiben und nicht in Abenteuer verfallen». Bei der Uno-Abstimmung gehe es um die Unterschrift unter einen Vertrag, der sich nicht mit der Neutralität vereinbaren lasse. «Darum prüfe, wer sich ewig bindet!», rief Blocher in den Saal; dieser Grundsatz gelte nicht nur bei der Eheschliessung, sondern auch in der Politik.

Nationalrat Christoph Blocher während seines Referates gegen den Uno-Beitritt in Landquart.

Bild: Menolfi



Veranstaltungen

Montag, 7. Januar 2002, 20 Uhr,
Hörnlihalle, Dussnang-Oberwangen, TG

Podium mit NR Dr. Christoph Blocher und
SR Philipp Stähelin zum Thema:
«UNO-Beitritt Ja oder Nein?»

Dienstag, 8. Januar 2002, 20 Uhr,
Landgasthof Riehen in Riehen (BS)

Referat und Diskussion mit NR Ueli Maurer zum
Thema:«UNO-Beitritt Ja oder Nein?»

Dienstag, 8. Januar 2002, 20 Uhr,
Restaurant Wartmann (vis-à-vis HB), Winterthur

Podiumdiskussion über den Beitritt zur UNO mit
NR Hans Fehr (SVP) und NR Hans Kaufmann
sowie alt Bundesrat Dr. Rudolf Friedrich und
NR Erich Müller (FDP)

Dienstag, 8. Januar 2002, 20.15 Uhr,
Gemeindesaal Aeschi / BE

Podiumdiskussion mit NR Dr. Christoph Blocher
und NR Marc Suter zum Thema:
«Soll die Schweiz der UNO beitreten?»

Mittwoch, 9. Januar 2002, 20 Uhr,
Restaurant Kreuz, Jona, SG

Drei-Kantone-Veranstaltung gegen den UNO-Beitritt
mit NR Dr. Christoph Blocher und NR Toni Brunner

Donnerstag, 10. Januar 2002, 20 Uhr,
Mehrzweckhalle des Waffenplatzes Wil b. Stans

UNO-Veranstaltung mit NR Dr. Christoph Blocher, SVP
(contra) und NR Adrian Imfeld CVP (pro)

Freitag, 11. Januar 2002, 20 Uhr, Ilanz
(genauer Ort siehe Tagespresse)

Podiumdiskussion u.a. mit NR Ueli Maurer (SVP)

Montag, 14. Januar 2002, 18.00 Uhr, Lenzburg
(genauer Ort siehe Tagespresse)

Podium «UNO-Beitritt Ja oder Nein?» mit Bundesrat
Samuel Schmid, NR Doris Leuthard, CVP/AG (pro)
sowie NR Hans Fehr und Grossrätin Sylvia Flückiger-
Bäni (contra)

Dienstag, 15. Januar 2002, 20 Uhr,
Wirtshaus zur Wichleren, Kriens

Öffentliches Streitgespräch u.a. mit NR Hans Fehr

Dienstag, 15. Januar 2002, 20 Uhr,
Gemeindesaal Zollikon

UNO-Podiumdiskussion mit NR Prof. Dr. Christoph
Mörgeli (SVP), NR Toni Brunner (SVP), NR Walter
Bosshard (FDP) und Kantonsrätin Chantal Galladé (SP)

Dienstag, 15. Januar 2002, ca. 20 Uhr, Hettlingen
(genauer Ort siehe Tagespresse)

Podiumdiskussion «Uno-Beitritt – Ja oder Nein»,
u.a. mit NR Dr. Ulrich Schlüer

Mittwoch, 16. Januar 2002, 19.30 Uhr, Muotathal
(genauer Ort siehe Tagespresse)

Podiumdiskussion mit SR Philipp Stähelin (CVP)
und NR Peter Föhn (SVP)

Donnerstag, 17. Januar 2002, 20 Uhr,
«Lothar»-Haus, Zürcherstrasse, 8122 Binz (Maur)

Streitgespräch zum Thema «Soll die Schweiz der
politischen UNO beitreten?» mit den Nationalräten
Remo Gysin (SP/BS) und Hans Fehr (SVP/ZH)

Freitag, 18. Januar 2002, 20 Uhr, Rheinausaal,
St. Margrethen

Podium betreffend UNO-Beitritt mit NR Toni Brunner
(SVP) und NR Hans Kaufmann (SVP), Walter Hess
(CVP), Hildegard Fässler (SP)

Freitag, 18. Januar 2002, 19 Uhr, Zürich Albisgütli	SVP des Kantons Zürich: Albisgütli-Rede von NR Dr. Christoph Blocher
Montag, 21. Januar 2002, 20 Uhr, Hotel Toggenburg, Flawil, SG	Podium mit NR Toni Brunner (SVP), NR Theophil Pfister (SVP), NR Peter Weigelt (FDP), NR Lucrezia Meier-Schatz (CVP) und NR Hildegard Fässler (SP)
Dienstag, 22. Januar 2002, 18.15 Uhr, Grande Salle du Centre International de Conférences (CICG), Genf (siehe Tagespresse)	Podium mit NR Dr. Christoph Blocher «Soll die Schweiz der UNO beitreten?»
Dienstag, 22. Januar 2002, 19 Uhr, Therwil, BL (genauer Ort noch offen)	UNO-Streitgespräch mit NR Hans Fehr und NR Caspar Baader im Rahmen der Delegierten- versammlung der FDP Kt. BL
Mittwoch, 23. Januar 2002, 19 Uhr, Hotel Union, Löwenstrasse, Luzern	«UNO-Beitritt Ja oder Nein?» Öffentliche Debatte zwischen SR Bruno Frick und NR Dr. Christoph Blocher
Mittwoch, 23. Januar 2002, 20 Uhr, Freienbach SZ (genauer Ort siehe Tagespresse)	Podiumsdiskussion mit NR Gerold Bühler und NR Peter Föhn
Donnerstag, 24. Januar 2002, 17 Uhr, Neue Kantonsschule Aarau	Podium «UNO-Beitritt: Ja oder Nein?» mit NR Luzi Stamm, SVP/AG (contra) und NR Doris Leuthard, CVP/AG (pro)
Donnerstag, 24. Januar 2002, 20 Uhr, Kanton Aargau (genauer Ort siehe Tagespresse)	Podium «UNO-Beitritt: Ja oder Nein?» mit NR Dr. Christoph Blocher (SVP) und SR Thomas Pfisterer (FDP).
Montag, 28. Januar 2002, 20 Uhr, Casino Bern	Podium «UNO-Beitritt: Ja oder Nein?» mit NR Dr. Christoph Blocher (SVP) und NR Johann Schneider-Ammann (FDP)
Mittwoch, 30. Januar 2002, 20 Uhr, Restaurant Löwen, Steinhausen (ZG)	Podium zum UNO-Beitritt mit NR Bruno Zuppiger (SVP/ZH) und SR Peter Bieri (CVP/ZG)
Donnerstag, 31. Januar 2002, 20 Uhr, Raum Lausanne (genauer Ort siehe Tagespresse)	Parolenfassung zur UNO-Initiative durch die SVP Kanton Waadt mit NR Hans Fehr (contra) und NR André Bugnon SVP/VD (pro)
Freitag, 1. Februar 2002, 20 Uhr, Kt. Solothurn (siehe Tagespresse)	Referat von NR Dr. Christoph Blocher zum Thema «UNO-Beitritt Ja oder Nein?»
Freitag, 1. Februar 2002, 20 Uhr, Raum Leuk/VS (genauer Ort siehe Tagespresse)	Podiumsdiskussion mit NR Ueli Maurer (SVP) und NR Peter Jossen (SP)
Anfang Februar 2002, 20 Uhr, Kronensaal in Appenzell (genaues Datum siehe Tagespresse)	Streitgespräch (evtl. mit NR Prof. Dr. Christoph Mörgeli) zum Thema UNO-Beitritt
Dienstag, 5. Februar 2002, Affoltern a. A. (genaues Datum und genauer Ort siehe Tagespresse)	Podiumsdiskussion betreffend UNO-Beitritt mit NR Prof. Dr. Christoph Mörgeli (SVP) und NR Andreas Gross (SP)
Dienstag, 5. Februar 2002, 20.15 Uhr, Turnhalle Waldstatt AR	Referat mit Diskussion von NR Dr. Christoph Blocher. «Die Schweiz darf der UNO nicht beitreten»
Mittwoch, 6. Februar 2002, 20 Uhr, Designzentrum, Langenthal BE	Podiumsdiskussion u.a. mit NR Dr. Ulrich Schlüer und NR Bernhard Hess
Mittwoch, 6. Februar 2002, 20 Uhr, Kurs- und Sportzentrum, Pratteln	Podium zum UNO-Beitritt mit NR Dr. Christoph Blocher und NR Jean Ziegler

Donnerstag, 7. Februar 2002, 20 Uhr,
Raum Düringen FR
(genauer Ort siehe Tagespresse)

Podiumsdiskussion «UNO-Beitritt: Ja oder Nein?»
mit NR Ueli Maurer (SVP) und NR Erwin Jutzet (SP)

Montag, 11. Februar 2002, 20 Uhr,
Aarwangen BE

Podium mit NR Dr. Christoph Blocher
und NR Boris Bängli «UNO-Beitritt: Ja oder Nein?»

Dienstag, 12. Februar 2002, 20 Uhr,
Kanton Schaffhausen
(genauer Ort siehe Tagespresse)

«UNO-Beitritt Ja oder Nein?» mit NR Dr. Christoph
Blocher (SVP) und SR Rico Wenger (SVP) sowie
NR Hans-Jürg Fehr (SP) und NR Urs Hofmann (SP)

Mittwoch, 13. Februar 2002, 18.30 Uhr,
Tele Ostschweiz

«Ostschweiz im Gespräch» Diskussion mit
NR Dr. Christoph Blocher zum Thema UNO

Mittwoch, 13. Februar 2002, 20 Uhr,
Kanton Thurgau (siehe Tagespresse)

Referat von NR Dr. Christoph Blocher zum Thema:
«UNO-Beitritt Ja oder Nein?»

Mittwoch, 13. Februar 2002, 20 Uhr, Stadt Zürich
(genauer Ort siehe Tagespresse)

Streitgespräch betreffend UNO-Beitritt mit
NR Hans Fehr, Rolf A. Siegenthaler (Stadtpräs.-
Kandidat SVP) sowie NR Mario Fehr (SP) und
Elmar Ledergerber (Stadtpräs.-Kandidat SP)»

Freitag, 15. Februar 2002, 22.20 Uhr,
Fernsehen DRS, (Wiederholung:
Samstag, 16. Februar 2002, 04.00 und
ca. 14.00 Uhr; siehe Programmzeitschrift)

«Arena» zur UNO-Abstimmung u.a. mit
Bundesrat Joseph Deiss und NR Dr. Christoph Blocher

Montag, 18. Februar 2002, 19.30 Uhr,
Rathaus Sursee, Tuchlaube

Podiumsgespräch mit NR Hans Fehr
und Otto Laubacher (contra) sowie NR Ruedi Lusten-
berger und a. NR-Präsidentin Gret Haller (pro).

«Schweizerisches Aktions- komitee gegen den Beitritt zur politischen UNO»

**Das Co-Präsidium besteht aus den
folgenden Persönlichkeiten:**

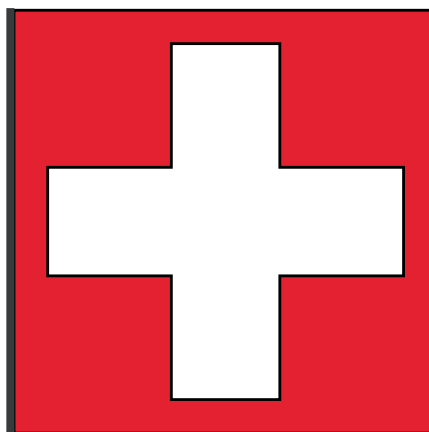
Serge Beck, Nationalrat Liberale,
1261 Le Vaud

Dr. Christoph Blocher, Nationalrat SVP,
8704 Herrliberg

Dr. Paul Eisenring, a. Nationalrat CVP,
8703 Erlenbach

Dr. Hans Letsch, a. Ständerat FDP,
5000 Aarau

Sylvia Flückiger-Bäni, Grossrätin,
Co-Präsidentin «Frauenkomitee gegen
den UNO-Beitritt der Schweiz»,
5040 Schöftland



***Die schweizerische Neutralität ist eine der
ganz grossen Stärken unseres Landes.***

Wir bleiben dabei.

UNO-Beitritt NEIN!

Dringender Aufruf

Am 3. März 2002 wollen wir gewinnen. Deshalb brauchen wir Ihre tatkräftige Unterstützung (u.a. für Stand- und Flugblattaktionen)!

Jawohl! Ich engagiere mich für das Aktionskomitee gegen den Beitritt zur politischen UNO. Nehmen Sie mit mir Kontakt auf!

Ich möchte einem kantonalen und/oder regionalen Aktionskomitee beitreten.

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon Privat: _____ Telefon Geschäft: _____

Mobil: _____ Fax: _____

E-Mail: _____

Datum/Unterschrift: _____

Talon umgehend einsenden an: Schweizerisches Aktionskomitee gegen den Beitritt zur politischen UNO, Postfach 218, 3000 Bern 16, oder Fax 031 356 27 28



Werden auch Sie Mitglied bei der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS)

Mitglied (Ehepaar), Gönner oder Sympathisant.

Jahresbeiträge: Mitglieder Fr. 35.– (Ehepaare Fr. 50.–), Gönner Fr. 100.–, Sympathisanten nach freiem Ermessen.

Senden Sie mir ausführliche Informationen über die AUNS.

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum/Unterschrift: _____

Geworben durch: _____

Einsenden an: AUNS, Postfach 218, 3000 Bern 16
Tel. 031 356 27 27, Fax 031 356 27 28